

Bekanntmachung

Zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle

Bezeichnung	Stadt Koblenz
Kontaktstelle	09 - ZVS
Postanschrift	Willi-Hörter-Platz 1
Ort	56068 Koblenz
Telefon	+49 261-1290
Fax	+49 261-1291010
E-Mail	angebote.zvs@stadt.koblenz.de
URL	https://www.koblenz.de

Zuschlag erteilende Stelle

[die zur Angebotsabgabe / Teilnahme auffordernde Stelle](#)

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen

Elektronisch über diese Vergabeplattform: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYE73>

Postalische Angebote oder Teilnahmeanträge sind nicht zugelassen

Bereitstellung der Vergabeunterlagen

Elektronisch über diese Vergabeplattform: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXP6YYHYE73/documents>

Art und Umfang der Leistung

Die Stadt Koblenz beabsichtigt die Einführung eines Gästebeitrags zur Sicherung einer langfristig plan-baren und leistungsfähigen Tourismusfinanzierung.

Haupterfüllungsort

Bezeichnung	Stadtgebiet Koblenz
Ort	56068 Koblenz

Ausführungsfristen

Bestimmungen über die Ausführungsfrist

Bieterpräsentation: vorgesehener Zeitraum (06.-17.07.2026)

Das System muss bis zum Go-live Ende Q4/2026 (spätestens 01.01.2027) produktiv einsatzbereit sein.

Ab Go-Live 3 Jahre Laufzeit

Zuschlagskriterien

[Siehe Vergabeunterlagen](#)

Nebenangebote

[Nebenangebote sind zugelassen.](#)

Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: **Nein**

Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Eignungsanforderungen (Nachweise sind mit dem Angebot vorzulegen):

1. Unternehmensdarstellung

- Rechtsform, Sitz, Ansprechpartner
- Leistungsportfolio (kommunale Abgaben-/Gästebeitragssysteme, Gästekarten, Schnittstellen)

2. Referenzen (vergleichbare Projekte)

- Mindestens 4 Referenzen aus den letzten 3 Jahren
- Bezug: digitale Gästeregistrierung / Gästebeitrag oder vergleichbare kommunale/touristische Abgabensysteme, inkl. Betrieb/Support

- Angabe je Referenz: Auftraggeber, Zeitraum, Leistungsumfang, Betriebsform

3. Betrieb & Supportfähigkeit

- Deutschsprachiger Support (Niveau C2 i. S. d. des europäischen Referenzrahmens) und deutsch-sprachiges System
- Beschreibung Serviceorganisation (Ticket-System, Supportzeiten, Eskalation)
- Konzept für Einführungsphase und Startphase (Go-Live-Begleitung/"Hypercare")
- Verfügbarkeit/Service Levels

5. Schnittstellen- und Integrationskompetenz

- Nachweis/Beschreibung PMS-Anbindungen (Import/Export, Standards)
- FiBu-Anbindung: Beschreibung möglicher Export-/Schnittstellenwege zu Mach Finanzen als Finanzsoftware der Stadt Koblenz

- Formblatt 124 (Nachweise zur Eignung)

- Mustererklärung nach dem Landestariftreuegesetz (LTTG)

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Das Landesgesetz zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Auftragsvergaben (Landestariftreuegesetz-LTTG) verpflichtet öffentliche Auftraggeber öffentliche Aufträge ab einem geschätzten Netto-Auftragswert von 20 000 EUR nur an solche Unternehmen zu vergeben, die bei Angebotsabgabe schriftlich eine Tariftreueerklärung bzw. eine Mindestentgelterklärung vorlegen.

Bieter mit Sitz im Inland sowie deren Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräfte, mit Sitz im Inland, haben eine Verpflichtungserklärung abzugeben, einen Mindestlohn zuzahlen

Maßgeblicher Zeitpunkt für die Angaben ist das Datum der Freigabe der Unterlagen auf der e-Vergabeplattform / der Bekanntmachung.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmer ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" (Vordruck liegt den Vergabeunterlagen bei) vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmer sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmer präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der "Eigenerklärung zur Eignung" genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen.

o Je eine Referenzbescheinigung für 3 Referenzen.

o Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräften gegliedert nach Lohngruppen (alternative Aufgliederung nach Berufsgruppen ist zulässig) einschl. extra ausgewiesenen Leitungspersonal

o Gewerbeanmeldung

o Handelsregisterauszug

o Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- u. Handelskammer

o Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes

o Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG

o Unbedenklichkeitsbescheinigung der Sozialversicherung (Krankenkasse)

o Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung des zuständigen Versicherungsträgers mit Angaben der Lohnsummen (Berufsgenossenschaft).

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Sonstige

Mit dem Angebot sind vorzulegen:

- Eignungsnachweise (siehe v.a. Reiter oben Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung)
- ausgefülltes Preisblatt (Excel-Datei LV_4524-O),
- Beschreibung der angebotenen Lösung (Lösungskonzept),
- Betriebs- und Supportkonzept (Inhalt: klare Ansprechpartner und eine klare Fehler-/Incident-Steuerung)
- Projektplan inkl. Zeitplanung,
- Darstellung des eingesetzten Projektteams,
- Nachweise zu Wertungskriterien aus PDF Beschreibung der Leistung Ziffer 3.1 (2_1)
- Nachweise zu Wertungskriterien aus PDF Anlage_2_2_SecMGMT_IDSMAAnforderungen_CloudSaas_V0.2
- Nachweise zu Wertungskriterien aus Excel Anlage 2_3_TechAnforderungen_Software

Keine Nachforderung von Unterlagen, auf die im Rahmen der Angebotswertung Punkte vergeben werden.

Bevorzugungsregelung nach dem Sozialgesetzbuch IX:

Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das ansonsten wirtschaftlichste Angebot eines nicht bevorzugten Bieters, so wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt.

Bei der Wertung der Angebote wird der von bevorzugten Unternehmen angebotene und zur Wertung herangezogene Preis

a) bei anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen und anerkannten

Blindenwerkstätten mit einem Abschlag von 15 v. H.,

b) bei anerkannten Inklusionsbetrieben mit einem Abschlag von

10 v. H.

berücksichtigt.

Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, so wird nur der Anteil berücksichtigt, den die bevorzugten Einrichtungen an dem Gesamtangebot der Arbeitsgemeinschaft haben. Bei der Angebotsabgabe ist der Anteil der bevorzugten Einrichtungen anzugeben.

Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben:

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen Ausbildungsplätze bereitstellt oder sich an der beruflichen Erstausbildung beteiligt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

Berücksichtigung von Unternehmen m. Frauenfördermaßnahmen:

Bei der Wertung der Angebote wird im Rahmen der vergaberechtlichen Bestimmungen bei sonst wirtschaftlich gleichwertigen Angeboten dem Unternehmen bevorzugt der Zuschlag erteilt, das zum Zeitpunkt der Ausschreibung im Verhältnis zu den mitbietenden Unternehmen umfassendere Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen im Erwerbsleben durchführt.

Diese Voraussetzungen sind auf gesondertes Verlangen durch eine Eigenerklärung nachzuweisen. Eine Anwendung dieser Regelung ist ausgeschlossen, wenn eines der gleichwertigen Angebote von einem ausländischen Bieter abgegeben wurde.

Bei Bedarf vorzulegen:

- Vordruck 234 - Erklärung Bieter / Arbeitsgemeinschaft

Rechtsform Bietergemeinschaft:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter

Schlusstermin für den Eingang der Angebote

30.06.2026 um 08:30 Uhr

Bindefrist des Angebots

31.08.2026

Zusätzliche Angaben

Gaeb-Datei:

Leider können wir Ihnen zu dieser Ausschreibung keine Gaeb-Datei zur Verfügung stellen.

Elektronische Kommunikation:

Die gesamte Kommunikation erfolgt bei allen Vergabeverfahren ausschließlich in elektronischer Form über die E-Vergabepattform. Die in der Kommunikation dargelegten Sachverhalte werden Bestandteil des Angebotes. Dies umfasst u.a. die Beantwortung von Bieterfragen zum Vergabeverfahren und Zurverfügungstellung von zusätzlichen Informationen sowie Austauschseiten. Die Vollständigkeit obliegt alleine dem Bieter.

Datenschutzgrundverordnung:

Mit Abgabe eines Angebotes / Teilnahmeantrag erklärt der Bieter / Bewerber, dass er die Vorgaben der Datenschutzgrundverordnung bei der Verarbeitung der personenbezogenen Daten beachtet hat und dies gegenüber dem AG jederzeit durch Vorlage geeigneter Dokumente nachweisen kann. Er hat insbesondere alle ggf. erforderlichen Einwilligungen eingeholt und die erforderlichen Informationen an seine Mitarbeiter weitergeleitet.

Bekanntmachungs-ID: CXP6YYHYE73